

Hans Holzinger ist Mitglied des Friedensbüro-Beirats



„Die organisierte Friedlosigkeit benennen“

Von Hans Holzinger.

Die Finanzkrise hat zu einem raschen Handeln der Politik geführt. Viel öffentliches Geld wurde zur Verfügung gestellt, um die sogenannten „systemerhaltenden“ Banken zu retten. Geld, das nie ausgegeben würde, etwa um den Hunger in der Welt zu beseitigen. Eine Milliarde Menschen – so aktuelle Daten – gelten als unterernährt. 30.000 Kinder sterben täglich aufgrund von Mangel an Nahrung und fehlendem Zugang zu einfachen Gesundheitsleistungen. Liegt nicht darin das tatsächliche Wirtschaftsversagen?

Die Deckung des menschlichen Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen gilt als gängige Definition für Wirtschaften in Lehrbüchern. In globaler Perspektive gesehen, wird dieses Ziel weit verfehlt. Es sei leicht,

eine Ökonomie zu betreiben für Menschen mit hoher Kaufkraft, meint der Friedensforscher Johan Galtung. Die Herausforderung bestehe jedoch darin, eine Ökonomie zu finden, die den Grundbedarf aller ErdenbürgerInnen deckt. Der Umweltökonom Herman Daly spricht von „needs“ und „wants“. Eine nachhaltige Wirtschaft müsse zunächst die Basisbedürfnisse aller sichern, erst dann dürfe es um die darüber hinausgehenden Wünsche gehen. Dass das hegemoniale Wirtschaftssystem einer anderen Logik folgt, ist bekannt. Investiert wird dort, wo der größte Gewinn zu erwarten ist, nicht dort, wo der größte Bedarf besteht. Die Akkumulationsdynamik, nicht die Bedarfsdeckung bestimmt das Geschehen. Die Reichen werden immer

reicher, die Armen immer mehr. Die erste Million ist bekanntlich am schwierigsten verdient.

Hunger und Verschuldung als „moderne Massenvernichtungswaffen“

Jean Ziegler, zuletzt Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, bezeichnet Hunger und Verschuldung als die „modernen Massenvernichtungswaffen“. Die Erde ist fruchtbar. Sie würde laut Welternährungsorganisation an die neun Milliarden Menschen ernähren können. Hunger ist somit ein Strukturproblem. Hunger wird gemacht. Hunger ist vor allem ein Problem fehlender Kaufkraft.

ENERGIE & UMWELT

ARBEIT & WIRTSCHAFT

ARM & REICH

DIE GRÜNEN

DIE ZUKUNFT IST GRÜN. MACH MIT!
www.salzburg.gruene.at

BEZAHLTE ANZEIGE



FOTO: FRIEDENSBÜRO SALZBURG

Aktivistinnen des Friedensbüros Salzburg bei den Vorbereitungen zur WEF-Demo 2002.

Der jährliche Vermögenszuwachs der hundert reichsten Familien der Welt entspricht in etwa der Höhe der weltweiten Entwicklungshilfe. Der Schuldendienst wirkt als Würgegriff für die Entwicklungsländer. Profiteure sind die Gläubiger, also die Reichen. Dazu kommt der soziale und ökologische Raubbau an den Schwächeren. „Das weltinnenpolitische Outsourcing – das Abwälzen von Risiken und Verantwortung auf schwache Andere, die für wenig Geld den Reichen die schmutzige Arbeit vom Halse halten – ist“, so der Soziologe Ulrich Beck, „zu einer entscheidenden globalen Profitquelle geworden, in der sich über alle Grenzen hinweg die Herrschaft der Reichen, die Ausbeutung der Armen und die Zerstörung der Natur neu bündeln und radikalieren.“

Gewissensberuhigung oder Weltsozialpolitik?

Die weltweiten Rüstungsausgaben – die wohl größte Fehlallokation von Mitteln – oder ein Prozent Steuer auf alle global gehandelten Güter würden ausreichen, um allen ErdenbürgerInnen ein Grundeinkommen zu sichern, so der Zukunftsforscher Franz Josef Radermacher. Mit weltweiten Vermögens- und Finanztransaktionssteuern ließen sich gut globale Gesundheits- und Bildungsprogramme finanzieren. Das wäre Weltsozialpolitik! Sie passiert nicht, weil der

politische Wille fehlt – oder die politische Macht? Proklamationen wie die UN-Millenniumsziele zur Verringerung der Armut bleiben somit Gewissensberuhigung. Bewusster Konsum macht Sinn, die Unterstützung von NGOs ist wichtig – notwendig wird jedoch eine grundlegende kulturelle Transformation, eine Abkehr von der Ressourcenraubökonomie sowie die Institutionalisierung einer globalen Umverteilungspolitik, die endlich Ernst macht mit den 1948 von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten. Andernfalls drohen neue Kriege um Ressourcen im 21. Jahrhundert, die denen des letzten Jahrhunderts – so ist zu befürchten – an Grausamkeit in nichts nachstehen werden.

Gemeinsame Empörung und Re-Politisierung

„Sprengsätze – Texte gegen Faschismus, Krieg und atomare Bedrohung“ lautet der Titel einer Anthologie, die das Friedensbüro Salzburg 1988 herausgegeben hat. Sie enthält Beiträge bekannter und weniger bekannter AutorInnen aus ganz Österreich aus dem Nahbereich der Friedensbewegung. Die Texte spiegeln das Gefühl der Ohnmacht und Wut angesichts der Bedrohung durch das atomare Wettrüsten sowie der Vergeudung von Ressourcen für die gigantischen Rüstungsbudgets. „Die Friedlosigkeit benennen“ war unser Ziel damals,

daher „Spreng-Sätze“ und nicht „Friedensanthologie“. Der Empörung über die globalen Unrechtsstrukturen einen kollektiven Ausdrucksraum zu geben, erinnere ich als große Kraft der damaligen Friedensbewegung.

Unbehagen an den Zuständen gibt es auch heute. Die Ohnmacht gegenüber undurchschaubaren, immer komplexer werdenden Strukturen findet jedoch keine kollektive Ausdrucksform. Die Gesellschaft ist zerstreut und wird zerstreut. Die meisten schwimmen in der Konsumwelle, andere driften in die Esoterik, politisch erhalten europaweit rechte Nationalisten wieder Aufwind – auch in Österreich. Die Gruppen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, sind freilich auch gewachsen. Sie setzen sich ein für vielfältige Anliegen. Und doch sind auch sie zerstreut. Es fehlt die kollektive, bündelnde Kraft. Sie wieder zu finden, wäre die Herausforderung. Von „Zornsammelstellen“ spricht der Philosoph Peter Sloterdijk. Wir können es auch Re-Politisierung oder Wieder-Finden von Versammlungskulturen nennen. Facebook kann dazu beitragen, ist aber noch nicht die Lösung.

Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Stiftung Salzburg, war von 1986 bis 1992 Leiter des Friedensbüros Salzburg und ist nun Mitglied des Beirats.